

Korrekturen der besonderen Art: Eine bremische Pressemitteilung zum Betreuungsgeld

(BaSta) Am 10. November 2014 veröffentlichte die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen eine Pressemitteilung zum Betreuungsgeld – mit offensichtlich falschen Zahlen. (Fassung vom 10. November 2014: siehe Anhang, PDF-Seite 2) Der Weser-Kurier und andere berichteten am 11. November 2014 – ohne die in der Pressemitteilung genannten Zahlen zu hinterfragen. Inzwischen wurde die Pressemitteilung vom 10. November 2014 **korrigiert – und ohne einen entsprechenden Hinweis und mit unverändertem Datum (10. November 2014) veröffentlicht**. (hier: siehe Anhang, PDF-Seite 3)

Neben dem fehlenden Hinweis auf die Korrektur, erstaunen die Korrekturen: Die dem Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) genannten Ausgaben in den ersten neun Monaten 2014, knapp 245 Millionen Euro, werden in der Pressemitteilung den im Bundeshaushalt für die Ausgaben im gesamten Haushaltsjahr 2014 veranschlagten 515 Millionen Euro gegenübergestellt – und dann gerechnet und behauptet: „270 Millionen weniger als erwartet“. Eine Erwartung, wie viel im Verlauf von neun Monaten im Haushaltsjahr ausgegeben werden, ist einem Bundeshaushalt in der Regel nicht zu entnehmen. Die erwarteten und im Bundeshaushalt veranschlagten Ausgaben in Höhe von 515 Millionen Euro beziehen sich auf das gesamte Haushaltsjahr.

Aus dem Zitat "Mit 375 Millionen Euro pro Jahr lässt sich schon einiges bewegen" (Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen in der Version vom 10. November 2014) wird in der korrigierten Version das Zitat „Mit 270 Millionen Euro pro Jahr lässt sich schon einiges bewegen“. Es wird unterstellt, dass 270 Millionen Euro (statt der zunächst genannten 375 Millionen Euro) von den veranschlagten 515 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2014 nicht „beansprucht werden“ und „in den Haushalt zurückfließen“, wie es in der Pressemitteilung heißt.

Die „Korrektur“ bleibt aber „unvollendet“: Auch in der korrigierten Version der Pressemitteilung heißt es dann weiter: „Von den 375 Millionen Euro aus Berlin würden rechnerisch rund vier Millionen Euro nach Bremen fließen.“ Wie kommt man auf diese 375 Millionen Euro? Die klammheimlich korrigierte Pressemitteilung vom 10. November 2014 gibt keine Antwort. Sie findet sich nur in der verheimlichten ursprünglichen Version vom 10. November 2014.

Vermutlich wird diese Pressemitteilung noch einmal korrigiert und auf der Seite der Senatspressestelle veröffentlicht – hoffentlich mit einem Hinweis auf die dann zweimalige Korrektur.

Und falls denn diese weitere Korrektur erfolgt, sollte auch noch einmal über die folgende „Berechnung“ der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen nachgedacht werden: „Nach wie vor sei die Bundesrepublik weit entfernt von dem OECD-Ziel, ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die frühkindliche Bildung zu investieren. Nach OECD-Berechnungen aus dem Jahr 2012 erreicht Deutschland eine Quote von 0,6 Prozent. Um ein Prozent zu erreichen, fehlten vier Milliarden Euro bundesweit.“ So heißt es in beiden bisherigen Versionen der Pressemitteilung.

Wie haben denn die OECD und/oder das Sozialressorts gerechnet? Die Differenz zwischen Ziel (1,0 Prozent des BIP) und genanntem Ist in 2012 (0,6 Prozent des BIP) beträgt 0,4 Prozentpunkte. Und das sollen dann „vier Milliarden Euro bundesweit“ sein!? In einem Land, dessen Bruttoinlandsprodukt 2012 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes etwa 2.750 Milliarden Euro betrug, entsprächen die genannten „vier Milliarden Euro“ nicht einmal 0,15 Prozent. Oder anders formuliert: 4 Milliarden Euro entsprechen 0,4 Prozent von 1.000 Milliarden Euro.

Anhang: 2 Seiten (die zwei zitierten Versionen der Presseinformation)

Bremen, 22. November 2014
Paul M. Schröder
Büro für absurde Statistik (BaSta)

Dies ist der Cache von Google von <http://senatspressestelle.bremen.de/sixcms/detail.php?id=107382>. Es handelt sich dabei um ein Abbild der Seite, wie diese am 10. Nov. 2014 18:22:00 GMT angezeigt wurde. Die [aktuelle Seite](#) sieht mittlerweile eventuell anders aus. [Weitere Informationen](#)
Tipp: Um Ihren Suchbegriff schnell auf dieser Seite zu finden, drücken Sie **Strg+F** bzw. **⌘-F** (Mac) und verwenden Sie die Suchleiste.

[Nur-Text-Version](#)

DIE SENATORIN FÜR SOZIALES, KINDER, JUGEND UND FRAUEN

Anja Stahmann: Betreuungsgeld floppt, Millionen in frühkindliche Bildung investieren

Senatorin fordert Bund auf, nicht abgerufenes Geld an Länder und Kommunen auszuzahlen

10.11.2014

515 Millionen Euro hat der Bund für das Betreuungsgeld in den Haushalt eingestellt, knapp 140 Millionen Euro sind nach Angaben des Bundesfamilienministeriums abgerufen worden, 375 Millionen weniger als erwartet. "Das zeigt, wie maßlos die CSU mit ihrem überkommenen Frauen- und Familienbild die Wirkung des Betreuungsgeldes überschätzt hat", sagte Anja Stahmann, Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen. "Nun erweist sich, dass die Herdprämie auch von Eltern nicht gewollt ist."

Senatorin Stahmann forderte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble auf, die nicht beanspruchten Millionen jetzt für die Förderung von Kinder bereitzustellen, anstatt es in den Haushalt zurückfließen zu lassen. "Mit 375 Millionen Euro pro Jahr lässt sich schon einiges bewegen", sagte sie. "Deutschland hat noch Entwicklungsbedarf in Sachen Frühkindlicher Bildung." Nach wie vor sei die Bundesrepublik weit entfernt von dem OECD-Ziel, ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die frühkindliche Bildung zu investieren. Nach OECD-Berechnungen aus dem Jahr 2012 erreicht Deutschland eine Quote von 0,6 Prozent. Um ein Prozent zu erreichen, fehlten vier Milliarden Euro bundesweit.

Von den 375 Millionen Euro aus Berlin würden rechnerisch rund vier Millionen Euro nach Bremen fließen. "Das Geld wäre besonders gut investiert in der Sprachförderung und für den Ausgleich sozialer Nachteile zwischen den Stadtteilen", sagte Anja Stahmann weiter. Das Betreuungsgeld war schon bei seiner Einführung auf die Kritik der Senatorin gestoßen, weil es Eltern belohne, die ihre Kinder nicht in einer Krippe oder bei einer Tagesmutter fördern ließen. "Sozialpolitisch ist das ein ganz schrecklicher Irrweg und genau das Gegenteil von dem, was unsere Gesellschaft braucht."

In Bremen haben bis 1. Oktober 2014 rund 2.000 Familien das Betreuungsgeld beantragt.

 [Pressemitteilung versenden](#)

DIE SENATORIN FÜR SOZIALES, KINDER, JUGEND UND FRAUEN

Anja Stahmann: Betreuungsgeld floppt, Millionen in frühkindliche Bildung investieren

Senatorin fordert Bund auf, nicht abgerufenes Geld an Länder und Kommunen auszuzahlen

10.11.2014

515 Millionen Euro hat der Bund für das Betreuungsgeld in den Haushalt eingestellt. Rund 245 Millionen Euro sind nach Angaben des Bundesfamilienministeriums abgerufen worden, 270 Millionen weniger als erwartet. „Das zeigt, wie maßlos die CSU mit ihrem überkommenen Frauen- und Familienbild die Wirkung des Betreuungsgeldes überschätzt hat“, sagte Anja Stahmann, Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen. „Nun erweist sich, dass die Herdprämie auch von Eltern nicht gewollt ist.“

Senatorin Stahmann forderte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble auf, die nicht beanspruchten Millionen jetzt für die Förderung von Kinder bereitzustellen, anstatt es in den Haushalt zurückfließen lassen. „Mit 270 Millionen Euro pro Jahr lässt sich schon einiges bewegen“, sagte sie. „Deutschland hat noch Entwicklungsbedarf in Sachen Frühkindlicher Bildung.“ Nach wie vor sei die Bundesrepublik weit entfernt von dem OECD-Ziel, ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die frühkindliche Bildung zu investieren. Nach OECD-Berechnungen aus dem Jahr 2012 erreicht Deutschland eine Quote von 0,6 Prozent. Dazu fehlten vier Milliarden Euro bundesweit.

Von den 375 Millionen Euro aus Berlin würden rechnerisch rund vier Millionen Euro nach Bremen fließen. „Das Geld wäre besonders gut investiert in der Sprachförderung und für den Ausgleich sozialer Nachteile zwischen den Stadtteilen“, sagte Anja Stahmann weiter.

Das Betreuungsgeld war schon bei seiner Einführung auf die Kritik der Senatorin gestoßen, weil es Eltern belohne, die ihre Kinder nicht in einer Krippe oder bei einer Tagesmutter fördern ließen. „Sozialpolitisch ist das ein ganz schrecklicher Irrweg und genau das Gegenteil von dem, was unsere Gesellschaft braucht.“

In Bremen haben bis 1. Oktober 2014 rund 2.000 Familien das Betreuungsgeld beantragt.

 [Pressemitteilung versenden](#)